

lenden Elektrizitätswerke haben gestern in einer Versammlung, nachdem der Verband der Maschinen- und Heizer zum Streikaufruf geraten hatte, beschlossen, erneut eine Erbstimmung vornehmen zu lassen, die heute vormittag besteht sein wird.

Berlin, 10. November. Der Magistrat fordert die Arbeiter und Beamten der höchsten Elektrizitätswerke auf, ihren Dienst bis spätestens Sonnabend nachmittag 8 Uhr aufzunehmen, währenddessen sie sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten haben. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die zur Durchsetzung des Streiks Waffen, Anlagen oder Einrichtungen sabotiert oder an der Sabotage mitgewirkt haben, werden entlassen. Arbeitnehmer und Angestellte, gegen die Tatsachen vorliegen, aus denen folche Verdächtigungen zu schließen sind, werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter Belastung ihrer Belegschaft vom Dienste suspendiert.

Berlin, 10. November. Nachdem sich der Magistrat nun mehr entschlossen hat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, hat der Reichsminister des Innern für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten bereits beschlossenen Maßregeln ausgeschegelt.

Berlin, 10. November. Der linke Flügel der Knabenhänsel erhebt folgenden von Ernst Däumig und Adolf Hoffmann geschilderten Aufruf gegen den Generalstreik: Den Knabenhänselkindern die allenthalben angebrachte worden sind und in denen zum Generalstreik aufgerufen wird, erklären wir, daß wir uns mit dieser Parole im genannten Augenblick nicht identifizieren und daß ebenso wie die Unterdrückung der R.S.D. auch die unselige fälschlicherweise unter diese Platze gesetzte werden ist.

## Der Streit um die Dieselmotoren

Paris, 11. November. Die Informationen melden: Da die Artikel 180 und 192 des Versailler Vertrags ausdrücklich vorcrireben, daß die Maschinen und Materialien, die aus den zerstörten Kriegsschiffen gewonnen werden, nur zu einem friedlichen Zweck verwendet werden dürfen, hat die Marinakontrolle der Interalliierten Kommission in Berlin beschlossen, daß sämtliche Dieselmotoren zerstört werden müssen, da diese für eine friedliche Verwendung nicht geeignet seien.

## Wilson gegen Debs' Freilassung!

Auvers-sur-Oise, 9. November. Einer Plättlermeldung aus Neuport zufolge hat Wilson ein Gefüch um Begnadigung des wegen Gewissensbisseis mit dem Feinde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentenkandidaten Debs abgelehnt. Wilson ist der Ansicht, daß, wenn in diesem Falle Begnadigung erfolgen würde, dies eine Ermutigung zum Landesverrat im Falle eines künftigen Krieges sein würde.

## Reaktion und Beamtentum

Die reaktionäre Presse gefällt sich stets in einem wütenden Gedächtnis, sobald einmal ein tüchtiger Mann, der als überzeugter Sozialdemokrat bekannt ist, in eine wichtige und verantwortungsvolle Beamtenstelle berufen wird. Sie schreit in solchen Fällen über die „Politisierung des Beamtentums“, die in dieser Beziehung von Beamtenstellen ohne Rücksicht auf die Verteilungsherrigkeit des Ammeters liegen soll, und sie sucht es zu darzustellen, als würde der Einfluss, den die Sozialdemokraten noch der Revolution in der Regierung erlangt haben, zu Vorteilem gewichen gemäßigt.

Wer die Kritiken der Reaktionäre hört, könnte fast zu dem Glauben kommen, daß das deutschationale Fahnen und seine gefüllungsverwandten Kampfgenossen, als die Reaktion noch am Ruder war, niemals seine Anhänger in Beamtenstellen gebracht, sondern alle diese Posten an der „Stoßtruppe“ großmütig und neidlos den politischen Gegnern überlassen hätte. Wie lag es aber vor der Umwidlung vor zwei Jahren in Wirklichkeit aus? Da wurde jeder, der auch nur leise und zaghaft eine andre Meinung zu haben wagte, als der hochmögende Stoßtruppene Vorgesetzte, mit allen möglichen kleinen, kleinstlichen und kleinlichsten Schikanen bedacht, und wenn gar ein Beamter sozialdemokratischer Hofsichtung verdächtig war, dann konnte er sich auf jähnliche Maßregelung gefasst machen, auch wenn ihm dienstlich nicht das Geringste am Seine gefüllt werden konnte. Beispiele dafür könnten in Hülle und Fülle angeführt werden. Unter dem alten Regime mußte eben jeder Beamte vom Ministerpräsidenten bis herab zum letzten Nachtwächter eine streng konserватivie Bekämpfung an den Tag legen, wenn er sich nicht unmöglich machen wollte.

Heute möchten freilich die Parteien, die die Konserватive Erbherrschaft angetreten haben, besonders die sogenannte „Deutschnationalen Volkspartei“, an die politische Vergewaltigung des Beamtentums im alten Staate, in dem sie all-in-dos-Hest in der Hand hatten, nicht mehr gern erinnert sein; ihr Geschrei über die Besetzung von Beamtenstellen mit Sozialdemokraten würde sonst zu offensichtlich als Hennelei drittklassiger Art erkannt und durchschaut werden. Gerade die Wirkung der Aufdeckung dieser alten Sünden der früheren konservativen Herrschaft muß uns aber veranlassen, den reaktionären Blättern und Parteien bei passenden Gelegenheiten einen Spiegel vor ihr heuchlerisches Gesicht zu halten und der Öffentlichkeit zu zeigen, wie diese Kreise früher, als sie noch am Ruder waren, mit der Freiheit der politischen Überzeugung des Beamtentums umgegangen sind.

Beim Durchblättern alter Zeitungen fällt uns eine Runde des konservative Vaterlandes vom Jahre 1903 in die Hände, in der die tiefgründige Veratzung darüber angeführt werden, wie die steigende sozialdemokratische Macht jurisdicidären und der drohende Umsturz zu unterdrücken wäre. Und auf die Frage: „Was muß geschehen zur Beschwörung der drohenden Gefahr?“ antwortet sinnloslich das konservative Vaterland:

„Noch unter persönlichen Meinung muß vor allem die Autorität des Staates bei allen Beamtenklassen wieder festigt werden. Sie müssen wissen, daß sie verpflichtet sind, mit ihrer Verlon, mit ihrem ganzen Können und Willen einzutreten für seine Erhaltung. Sie müssen sich an die Soziale der Konservativenpartei stellen als die geborenen Verteidiger von Kron und Vaterland. Für ihre Dienstleistungen sollten hinfest nicht ihre Dienstlichen Leistungen allein, sondern es sollte auch noch ihre politische Tätigkeit bei Befähigung des Umsturzes in Betracht gezogen werden.“ (!)

Gerade das letzte Satz beleuchtet die Auslösung der Reaktionäre von der Anwohl der Beamten scharf und treffend. Für diese Herren war nicht die Leistung und die dienstliche Fröhlichkeit für die Einflussnahme und Mafährerung

eines Beamten maßgebend, sondern die politische Tätigkeit in der Befähigung des Umsturzes, die gleichbedeutend war mit streiterischer und schleimiger Geplunkerei und mit der hinterhältigen Denunziation jedes Kollegen, der einmal ein unvorsichtiges freies Wort zu äußern wagte. Und dieselben Leute, die früher die Beamten in dieser schändlichen und schamlosen Weise zu ihren reaktionären politischen Zwecken ausnutzten und missbrauchten, die durch die Entfärbung der Beamten nach dem Mok ihrer politischen Prostituierung statt nach Höchstheit und Leistung das ganze Beamtentum korrumptierten, sie mimen heute stillsche Entrüstung, wenn auch einmal einem Sozialdemokraten vorliegen, aus denen solche Verdächtigungen zu schließen sind, werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter Belastung ihrer Belegschaft vom Dienste suspendiert.

Die zitierte Zeile stammt aus einem alten Jahrgang des konservative Vaterlandes und hoffentlich dazu beigegeben, daß das reaktionäre Schindlerspiel mit dem Beamtentum im ganzen Volke und besonders in den Kreisen der Beamten selbst die Würdigung erhält, die es verdient. Gelegenheit dazu bietet die Landtagssitzung am Sonntag, bei der kein freier Mensch und besonders auch kein auf seine Staatsbürgerschaft bedachter Beamter diesen Reaktionären seine Stimme geben darf.

## Minister Hermes über die Ernährungsfrage

Berlin, 10. November. Heute wurde im Hauptausschuß des Reichstages die Thematik über die Politik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Reichsminister Hermes teilte mit: Die Ernte, besonders in Roggen, sei zwar sehr schlecht gewesen; damit er in liche sich aber nicht die schmackhafte Ablesung des Brotreibes erläutert. Der Schleihandel in Mehl nehme einen riesenhaften Umlauf an. Der Minister appelliert an die Landwirtschaft, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Dinge nicht weiter zu treiben zu lassen. Die Haferernte sei ungünstig. Nach der Schädigung der Haferfelder hofft die Haferrente 1920 gleich 4,20 Millionen Tonnen gegen 4,5 Millionen Tonnen im Jahre 1919 und 4,2 Millionen Tonnen im Jahre 1918. Was die Auerbewirtschaftung betrifft, so sei den eigenen Bedürfnissen der Landwirtschaft ein Auer durch die gegenwärtigen Beschränkungen genügend Spielraum gegeben. Räume es zur Freizeit, so würde der Auer ins Ausland flößen. Die Ernährungsausichten für den Winter sind nicht trostlos, aber schwierig. Die Nutzung des Milchwirtschaftslands könnte im allgemeinen nicht ungünstig bezeichnet werden. Ernährungs-Material über den Stand der Milchwirtschaft liegt, abgesehen von der Stadt Berlin, nur bis zum 1. September vor. Stellt man allgemein Vergleich zwischen diesem Jahr und den drei vorangegangenen Jahren an, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Milch-

versorgung dieses Jahr noch dem Tiefstand des Jahres 1917 die Höhe des Jahres 1917 wieder erreicht hat, übersteigt sie. Zur Frage der Kriegsorganisationen erklärt der Minister, daß das SS-Kriegsorganisationen über die das Ernährungsministerium bei seiner Einrichtung am 1. April 1920 die Dienststelle oder bis zum 1. April 1921 in Liquidation treten werden. Im Reichsministerium seien als keine Aktivitätsstellen eine bewirtschaftende Tätigkeit 12 Organisationen übergegangen, und damit aus der Dienstaufsicht des Ernährungsministeriums ausgeschieden. Mit einer über den 1. April 1921 hinausreichenden Dauer bei hoher nur noch bei 5 Kriegsorganisationen zu vernehmen, nämlich bei der Reichsgetreideanstalt, Reichs-Getreidestelle, Reichsleistungsstelle für Speisefette und bei der Reichsbadanstalt. Über die Lage der Industrie wirtschaft duherte der Minister: Schon heute zu erklären, daß vom Herbst des Jahres 1921 an unter allen Umständen und auf jeden Fall die Industrie frei sei, ist die Regierung nicht in der Lage. Die Verhältnisse sind nicht nur innen, sondern vornehmlich auch noch außen viel zu wenig geglückt. — Es folgt dann eine lebhafte Geschäftsstunde über einen Antrag Dr. Rosenfeld, Dr. Herz und Dr. Wurm (U. Soz.), die Diskussion über das Ernährungsministerium in der morgigen Sitzung zu unterbrechen und Gott den Kaiser für den Reichspräsidenten zu beraten, um hierbei zu der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund Artikel 48 Sitzung zu rufen. Durch Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen abgelehnt. — Fortsetzung der Aussprache über den Staat des Ernährungsministeriums folgt morgen.

Abg. Schmidt, Berlin (Soz.): Ich bin gegen die Einfuhr von Bananen und ähnlichen Genussmittel. Auch die Gemüseernte von Holland ist wegen der hohen Kosten für die arbeitende Bevölkerung nicht von Nutzen. Nur bin ich ebenfalls für Förderung der Ernährungswirtschaft, doch versteht es mich, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung in einigen Monaten schwer Begleitende Neuerungen wirtschaftlicher und politischer Natur zu befürchten sein werden.

Sodann folgt eine lebhafte Geschäftsstunde, die besteht über einen Antrag Dr. Rosenfeld, Dr. Herz und Dr. Wurm (U. Soz.) dahingehend, die Diskussion über das Ernährungsministerium in der morgigen Sitzung zu unterbrechen und an Gott dessen den Staat des Reichspräsidenten zu beraten, um hierbei zu der Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48, die soeben durch die Mittagsabstimmung bestimmt geworden sei, Sitzung zu nehmen. (Besprechung gegen wilde Streiks und wilde Auspferungen in lebenswichtigen Bereichen.)

Abg. Müller, Franken (Dag.): Widerbericht einer Unterbericht der Verhandlungen über den Staat des Ernährungsministeriums. Die Beratung ist dem Reichstag vorzulegen und von ihm zu behandeln. Der Haushaltshausschluß ist nicht berechtigt, dem Plenum vorzugreifen.

Rathen S. 12 zur Sache noch mehrere Abstimmungen gekommen. Nach der Abstimmung der Unabhängigen abgelehnt.

## Die Taktik der Kohlenmagnaten

Berlin, 10. November. Der gemeinsame Ausschuß des Reichskohlestaats und des Reichskohlenzentrals zur Beratung der Sozialisierungsklage setzte heute seine Beratungen fort. Die Elterns Verhandlungen, an denen die Herren Dr. Barthold, Stinnes, Dr. Bögl, Dr. Silbersberg, Ambros, Wagner und Werner teilnahmen, haben dazu geführt, daß die erwarteten sechs Herren sich auf ein Gutachten eingestellt, das heute vorgetragen wurde. Dieses Gutachten bestätigt, daß die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus vom Gesichtspunkt der Gesamtwirtschaft aus behandelt werden müsse.

**Sozialisierung**  
müssen verstanden werden die Sicherstellung, daß alle Erzeugungsmittel im gesamtstaatlichen Interesse so vollständig ausgenutzt werden, wie nur möglich, unter gleichzeitiger Mitbestellung und dementsprechendem Mitbestimmungsrecht, und Mitverantwortlichkeit aller an der Erzeugung Beteiligten. Es werden u. a. folgende

aufgestellt:  
**Konzessionierung der Erzeugungsmittel**  
mit dem Ziele der Schaffung höchster Werte im Inland, wodurch einem möglichst großen Teile des Volkes einmal die Möglichkeit der Arbeit, dann der höchste Gegenwert für die Arbeitsteilung und der Vollzähligkeit der lebensnotwendige Unterhalt geschaffen wird. Nur Erzeugnisse weitreichender Verfeinerung dürfen ausgeführt werden.

Der Erzeugungsbereich muß so gestaltet werden, daß durch Verbilligung der Selbstkosten einmal bei der Ausfuhr ins Ausland die höchstmöglichen Rüben verbleibt und gleichzeitig der Auslandsbedarf möglichst billig gedeckt werden kann. Aus diesen Erwägungen ergibt sich, daß unter Ablehnung aller Trustbildungen aus lediglich finanziellen Betrachtungen durch Bildung von natürlichen Interessengemeinschaften in Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung die höchste Produktivität gewährleistet werden kann. Zu diesem Zweck ist den andern Industrien der weSENTLICHE Teil der Rübenmengen nach eigenen Bedürfnissen zu überlassen, die sie nach Bedingung des allgemeinen unmittelbaren Kohlenbedarfs im bisherigen Umfang über diesen hinaus erzeugen. Unterschied haben die andern Industrien die Verpflichtung, den Bergbau in jeder Hinsicht zu fördern.

Soweit nicht das eigene unmittelbare Interesse der so zusammengefaßten Unternehmungen hierbei ausreichen sollte, mag durch geeignete Überbetreuung der an der Erzeugung interessierten Betriebe in den Aufsichtsräten dieser Unternehmungen darauf hingewirkt werden. Das Gutachten schlägt vor, eine ausreichende Beteiligung der Beamten und Arbeiterschaft am Kapital der größeren unvermögenden Unternehmen durch Aktien zu 100 R. oder in Form von Nebengewinnzuschüssen zu schaffen. Diese Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Beamten gibt auch die Grundlage zur wirklichenVerteilung in dem Ausschlußrat. Daneben sind die Betriebsräte mit lebensfristigem Inhalt zu führen.

Während für den Ausschuß von Bergwerken die Gewerkschaft mit nicht begrenztem Kapital als besondere gesetzliche Gesellschaftsform anerkannt werden muß, ist für die Förderung stehenden Bergwerksunternehmen an dem Beginn der dauernd geführten Rentabilität an die Aktiengesellschaft die geeignete Gesellschaftsform, die jedoch durch die Schaffung von Aktien mit Dividendenbefreiung und von Kleinaktien neben den gewöhnlichen Aktien zu verbessern ist. Die Beteiligung der Allgemeinheit an den Erträgen des Bergbaus ist im Wege der Besteuerung zu verhindern. Die bestehende Kohlensteuer ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu individualisieren und auszubauen. Jede zentralistische Verwaltung und ebenso die beiden Vorschläge der Sozialisierungskommission sind abzulehnen.

Der Vertreter der Arbeitergemeinschaft freier Angestellter Werner brachte einen

### Gegenvorschlag

ein, der sich an das Gutachten der Weisheit der Siebener-Kommision der beiden Sozialisierungskomitee anlehnt, aber einige neue Gesichtspunkte vorbringt. Die Leistung, so wird ausgesetzt, kann nur steigen, wenn die Arbeitsteilung erhöht wird. Das lädt sich durch Besteigung der Arbeiterschaft an der Leitung des Berges (Bergmeister) erreichen. Weiter besteht hier Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Organisation,

doch sie versuchen wollen, die Sozialisierung des Bergbaus zu verhindern, indem sie vorschlagen, die Arbeiter und Angestellten an den Erträgen des Bergbaus zu beteiligen. Es hoffen auf diese Weise die Bergarbeiter und Angestellten des Bergbaus gegen eine wirtschaftliche Sozialisierung mobil machen zu können. Sie rechnen damit, daß sie, wenn die Bergarbeiter und Angestellten einmal an den Erträgen des Bergbaus interessiert sind, von diesen bei allen Preis- und Renditionsforderungen entschieden unterstützt werden. Eine solche Sozialisierung, die nur dazu führen würde, die Arbeitnehmer des Bergbaus zu Gesangsleuten der Bergarbeiter zu machen, ist entschieden abzulehnen. Was von der Mehrheit der Kommission unter Sozialisierung verhandelt wird, ist in Wirklichkeit keine Sozialisierung. Bei der Sozialisierung kommt es nicht daran an, daß alle an der Erzeugung Beteiligten ein Mitbestimmungsrecht haben, sondern darauf, daß die Allgemeinheit einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Bergbau hat und daß, wenn die Sozialisierung durchgeführt ist, das Eigentum sich in den Händen der Allgemeinheit befindet. Leider haben zwei vor den der Kommission gehörenden Arbeitnehmervertretern sich nur zu sehr von den Unternehmervertretern ins Schleudern lassen lassen.

So bedenklich auch die Vorschläge, die von dem Ausschuß in Essen gemacht werden sind, so wird man doch an ihnen nicht aktiv vorübergehen dürfen. Wettbewerb zwischen den Betrieben, die Bergbau zu Gesangsleuten der Bergarbeiter zu machen, ist entschieden abzulehnen. Was von der Mehrheit der Kommission unter Sozialisierung verhandelt wird, ist in Wirklichkeit keine Sozialisierung. Bei der Sozialisierung kommt es nicht daran an, daß alle an der Erzeugung Beteiligten ein Mitbestimmungsrecht haben, sondern darauf, daß die Allgemeinheit einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Bergbau hat und daß, wenn die Sozialisierung durchgeführt ist, das Eigentum sich in den Händen der Allgemeinheit befindet. Leider haben zwei vor den der Kommission gehörenden Arbeitnehmervertretern sich nur zu sehr von den Unternehmervertretern ins Schleudern lassen lassen.

Um die Aussprache über den Staat des Ernährungsministeriums folgt morgen.